

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jan Krainer,  
Genossinnen und Genossen  
betreffend weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des  
Coronavirus effektiv zu bekämpfen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses (102 d.B.) betreffend  
Antrag 396/A der Abgeordneten August Wöginger, Sigrid Maurer, BA, Kolleginnen und Kollegen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID 19  
Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige  
Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz)  
erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetzes  
2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft  
des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetzes und  
das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz).

Das Coronavirus hat nicht nur gesundheitspolitische Implikationen, auch die schwerwiegenden  
wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie erfordern ein entschlossenes Handeln der  
Politik.

Das heute vorliegende Maßnahmenpaket mit dem Ziel die Ausbreitung des Virus möglichst zu  
verlangsamen, das unter anderem die Schließung von Geschäften, Schulen, Unis etc. vorsieht,  
ist ein erster wichtiger Schritt. Die Einrichtung eines Corona-Notfallfonds in der Höhe von 4  
Milliarden Euro und die Sozialpartnereinigung zur Kurzarbeit sind ebenfalls notwendige erste  
wirtschaftliche und soziale Maßnahmen in die richtige Richtung. Nicht alle Betroffenen werden  
aus diesem 4-Milliarden-Fonds Leistungen erhalten. Nicht die hunderttausenden  
KleinunternehmerInnen, nicht die Beschäftigten in diesen kleinen Strukturen, nicht die Eltern mit  
Kindern, nicht die Angehörigen der zu Pflegenden, wenn die 24h-Betreuungskräfte in ihrer Heimat  
festsitzen und nicht einreisen können.

Wir brauchen mehr Solidarität aller Gruppierungen der Gesellschaft, niemand soll in dieser  
schwierigen Situation zurückgelassen werden.

Durch die notwendigen Schließungen schlittern viele Betriebe in erhebliche Liquiditätsprobleme.  
Viele Arbeitsplätze in diesen Kleinbetrieben sind gefährdet. Weiterreichende  
Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe sind notwendig, unter anderem auch großzügige  
Stundungen von Steuerschulden, um die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Österreich  
muss hier entschlossener handeln. Wer rasch und großzügig hilft, hilft doppelt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat ein weiteres Maßnahmenpaket vorzulegen,

- das eine Arbeitsplatzgarantie für alle Betriebe enthält, die eine Unterstützung bekommen und den Sozialpartnervorschlag zur Kurzarbeit voll umsetzt,
- das volle Entschädigung für Verdienstentgang und Löhne nach dem Epidemie-Gesetz zumindest für Betriebe mit bis zu 25 Beschäftigten enthält,
- das für ArbeitnehmerInnen, die wegen ihrer Kinder oder wegen ihrer zu pflegenden Angehörigen zu Hause bleiben müssen, volle Entgeltfortzahlung durch die öffentliche Hand vorsieht,
- das mit sofortiger Wirkung ein zinsloses, automatisches Moratorium (Aussetzen) für Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge für betroffene Betriebe ohne Individualantrag umsetzt und
- das eine Stundung von Krediten, Geschäftslokalmieten sowie Zahlungen für Strom- und Gaslieferungen analog der italienischen Regelung vorsieht.“



